

## Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschuss

### ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

der 1. Sitzung des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses  
am Mittwoch, 21.02.2024, 19:01 Uhr bis 21:40 Uhr  
im Sitzungszimmer 1. OG des Rathauses

---

### **Anwesenheiten**

#### Vorsitz:

Klaus-Peter Kreuder (GRÜNE)

#### Anwesend:

Burkhard Dörr (FW)

Julian Sann (CDU)

Ulrich Ebenhöh (SPD)

Rolf Halbich (FW)

Daniela Jobst (FW)

Vertretung Jens Ufer

Kai-Albrecht Jochim (CDU)

Karlheinz Koch (CDU)

Michael Simon (SPD)

Edwin Theiß (GRÜNE)

Jürgen Trüller (FDP)

#### Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Marcel Schlosser (CDU)

Tobias Lux (SPD)

Jürgen Biedenkapp (CDU)

Rolf Rüdiger Deubel (SPD)

Wilhelm Zoll (GRÜNE)

#### Von der Stadtverordnetenversammlung waren anwesend:

Karlheinz Erdmann (CDU)

Reinhard Ewert (GRÜNE)

Jens Müll (FW)

Anita Weitzel (SPD)

Michael Weppler (FDP)

Sebastian Engel (SPD)

Uwe Feldbusch (CDU)

Andreas Havemann (SPD)

#### Entschuldigt fehlten:

Ingo Hensel (SPD)

Jens Ufer (FW)

#### Von der Verwaltung waren anwesend:

Schritfführer Christian Möller

Fachbereichsleiter III Benjamin Weitzel

Pauline Bahr

#### Gäste:

# Tagesordnung

## öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung
2. ÖPNV; (VL-43/2023  
2. Ergänzung)  
Neukonzeption Stadtbusverkehr "Kleener Grimmicher"  
Online Herr Oliver Struth
3. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage Mühlenweg / Auf der Gänsweide“ (VL-14/2024)  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
4. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage Londorfer Straße / Wartweg“ (VL-16/2024)  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
5. Antrag FW, SPD, FDP, Aufstellung eines Bebauungsplanes in Weickartshain (VL-21/2024)
6. Anfragen und Mitteilungen
- 6.1 Mobilbagger Bauhof
- 6.2 Umrüstung Straßenbeleuchtung
- 6.3 Verkehrsversuch Grünberg
- 6.4 Sachstand der Tief- und Hochbauprojekte
- 6.5 Straßenreparaturen
- 6.6 Stützmauer Brunntental Grundstück Breckow
- 6.7 Pflegemaßnahmen Brunntental
- 6.8 Brückenschäden Flachsbach
- 6.9 Sanierung Wege
- 6.10 Spielplatz Lardenbach
- 6.11 Ärztehaus

## nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte

7. Friedhof  
Erläuterungen von Fachbereichsleiter Benjamin Weitzel und Frau Pauline Bahr

# Sitzungsverlauf

## öffentliche Tagesordnungspunkte

### 1. **Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Feststellung der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende des Bau-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verkehrsausschusses Herr Klaus-Peter Kreuder begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Gäste und stellt die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest.

### 2. **ÖPNV; Neukonzeption Stadtbusverkehr "Kleener Grimmicher"**

**VL-43/2023  
2. Ergänzung**

Der Ausschussvorsitzende verliest TOP 2 und übergibt zur Erläuterung der Vorlage das Wort an Bürgermeister Schlosser. Herr Schlosser verweist auf vorangegangene Diskussionen und den Wunsch zur Ausarbeitung weiterer Varianten. Zur Vorstellung der ausgearbeiteten Präsentation über die Varianten wird Herr Struth vom Unternehmen StadtLandBahn Hachenberg & Roll GbR online zugeschaltet.

Herr Struth beginnt seine Präsentation mit der Analyse des Bestandes, im Einzelnen zur Routenführung, Fahrgastzahlen und die Nutzung verschiedener Haltepunkte. Von dem Wunsch der Einbeziehung einer Haltestelle in der Condomer Straße rät Herr Struth aufgrund der geringen Fahrgastzahlen in der Konrad-Adenauer-Straße ab. Weiter stellt Herr Struth die Taktungen der Fahrpläne der Varianten V1 und V2 vor und merkt an, dass Variante V 2.2 vormals die Vorzugsvariante darstellte.

Neu ist Variante 3 hierbei würde die VGO mit in die Route einbezogen, nach Rücksprache mit der VGO wäre ein zusätzlicher Halt im Baumgartenfeld möglich und damit ein stündlicher Takt zum Bahnhof gewährleistet.

Weiter erläutert Herr Struth die Kosten der Varianten mit und ohne Schülerpause für die Busvarianten Midi-Bus Diesel und Midi-Bus Elektro. Da die Kostenschätzungen ohne Schülerpause bedeutend höher liegen, erklärt Herr Struth, dass bei dieser Möglichkeit aufgrund der Lenkzeiten der Fahrer ein zweiter Fahrer voll zu berücksichtigen ist und die Kosten entsprechend höher. Mit der Abwägung von Elektro- und Diesel-Bus und dem erhöhten Aufwand an Infrastruktur bei Elektro Bussen beendet Herr Struth seine Präsentation.

Herr Ausschussvorsitzender Kreuder dankt Herrn Struth für seinen Vortrag und erkundigt sich bei den Anwesenden nach Fragen zum Thema.

Herr Engel möchte wissen, ob es unter Berücksichtigung der Lenkzeiten eine Möglichkeit zur Verlegung der Schülerpause auf eine andere Tageszeit gibt um somit einen zusätzlichen Fahrer einzusparen. Herr Struth gibt zu verstehen, dass es sich bei der Schülerpause nicht um eine Pause für die Fahrer handelt. Vielmehr werden in dieser Zeit alle verfügbaren Fahrer für den Transport der Schüler benötigt, sodass eine Verlegung der Pause den gewünschten Effekt zur Einsparung des zweiten Fahrers nicht erzielt. Weiter erklärt Herr Struth, dass es durch die enorme Auslastung der Fahrer während des Schulverkehrs schwierig wird ein Unternehmen zu finden welches ein Modell ohne Schülerpause akzeptiert.

Herr Bürgermeister Schlosser fragt nach Praxiserfahrungen, wenn nach erfolgter Ausschreibung keine Angebote abgegeben werden und ob die geschätzten Kosten realistisch sind. Herr Struth gibt an, dass die Kosten realistisch sind und kürzlich durchgeführte Ausschreibungen von Erfolg gekrönt waren, ein Trend lässt sich jedoch nicht voraussehen. So könnte sich kein Anbieter bewerben oder auch eine Ausdehnung vorhandener Anbieter erfolgen. Denkbar ist sind auch weitere und neue Anbieter.

Weitere Fragen werden an Herrn Struth nicht gestellt, sodass dieser verabschiedet wird.

Herr Bürgermeister Schlosser nennt die aktuellen Zahlen für den Stadtbuss welche sich auf ca. 200.000€, abzüglich der Einnahmen aus dem Verkauf von Fahrkarten und einen Zuschuss von 80.000€ durch die VGO, belaufen. Den Mehraufwand vom Ist-Zustand zu Variante 3 beziffert Herr Schlosser auf ca. 16-17T Euro, geht aber aufgrund der besseren Taktung von steigenden Fahrgastzahlen aus und somit von Mehreinnahmen aus Fahrkartenverkäufen. Dieser Meinung ist auch Herr Ortsvorsteher Dr. Feldbusch und berichtet von Diskussionen im Ortbeirat zur Idee, Mehrkosten über ein Sponsoring zu generieren und bittet diese Möglichkeit bei der Finanzierung nicht zu vernachlässigen. Herrn Dr. Feldbusch sind die Kosten bewusst und auch die eventuell aufkommenden kritischen Stimmen aus den Stadtteilen, welche sich als „abgehängt“ sehen könnten, da hier nur eine lückenhafte Anbindung an den ÖPNV besteht.

Die Stadtverordneten Trüller, Müll und Wepler sehen angesichts des angespannten Haushalts keine Grundlage zur Rechtfertigung der hohen Kosten und eine Weiterführung des Stadtbusses. Herr Stadtrat Zoll berichtet, sich Zeit genommen zu haben und ab morgens mit der Stadtlinie gefahren zu sein und er sich hierbei intensiv mit dem Fahrer unterhalten konnte. Aufgrund der Beobachtungen zu den Fahrgastzahlen und Gesprächen mit dem Fahrer ist Herr Zoll überzeugt, dass die Zahl der Fahrgäste die Kosten nicht rechtfertigt.

Stadtverordneter Theiß möchte bei Überlegungen zum ÖPNV erst die Dörfer vorrangig betrachten. Hierzu gibt es laut Stadtverordneten Sann bereits gut Ansätze und Überlegungen bzgl. Bürgerbus, er betont, dass die Bürger in den Dörfern nicht Bürger zweiter Klasse sind und verweist erneut auf die Überlegungen zur besseren Anbindung und Erschließung der Dörfer. Herr Engel gibt zu bedenken, dass die Einstellung des ÖPNV in der Kernstadt zu keiner Änderung auf den Dörfern führt und verweist auf die doch „geringen“ Unterschiede der Mehrkosten zu den jetzigen Zahlen. Eine heutige Stilllegung des Stadtbusses könnte in wenigen Jahren erhebliche Mehrkosten bei einer Wiederaktivierung bedeuten, so Engel weiter.

Erster Stadtrat Lux sieht die Fahrgastzahlen aus 2021 bedingt durch Corona kritisch und ist der Auffassung mit einer besseren Taktung, abgestimmt auf die Zusanbindung, die Nutzbarkeit für Berufspendler zu steigern. Weiter sieht er im ÖPNV einen großen Faktor bei Zuzügen, da dies für Familien Kosteneinsparungen bedeuten kann.

Alsdann lässt Herr Ausschussvorsitzende Kreuder über die Alternative 1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja- Stimmen  
3 Nein- Stimmen  
1 Enthaltung

Da mit diesem Ergebnis die Einstellung der Stadtbuslinie beschlossen wurde, wird über die Varianten unter Alternative 2 nicht abgestimmt werden.

Beschluss:

Alternative 1:

Die Stadtbuslinien GI-71 und GI-72 des „Kleenen Grimmichers“ werden zum Fahrplanwechsel im Dezember 2024 eingestellt.

Alternative 2:

1. Die Stadtbuslinien GI-71 und GI-72 werden in der Variante 1 (1 Bus) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

oder

2. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 2.1 (2 Busse auf gleicher Route) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

oder

3. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 2.2 (2 Busse gegenläufig) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt

oder

4. Die Stadtbuslinien werden in der Variante 3 (1 Bus mit Einbindung der Linien GI 64 und GI 74) gemäß beiliegendem Konzept fortgeführt.

5. Mittel für **ein** Fahrzeug (Diesel-Midi-Bus) in Höhe von 228.120,95 € netto/Jahr mit morgendlicher Schülerpause bzw. in Höhe von 376.241,90 € netto/Jahr ohne morgendliche Schülerpause sind im Haushaltsjahr der Einführung zur Verfügung zu stellen.

oder

6. Mittel für **zwei** Fahrzeuge des Typs Diesel-Midi-Bus in Höhe von 376.421,90 € netto/Jahr mit morgendlicher Schülerpause bzw. in Höhe von 459.349,10 € netto/Jahr ohne morgendliche Schülerpause sind im Haushaltsjahr der Einführung zur Verfügung zu stellen.

7. Für Marketingmaßnahmen sind im Haushaltsjahr der Einführung des neuen Konzepts 10.000,00 € im Haushaltsplan bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n), 3 Gegenstimme(n), 1 Stimmenthaltung(en)

**3. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächen- anlage Mühlenweg / Auf der Gänswalde“ VL-14/2024 hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Herr Vorsitzender Kreuder verweist auf vorangegangene Gespräche, die gewünschte Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes unter Berücksichtigung einer Flächenanalyse und übergibt zur weiteren Vorstellung der Vorlage das Wort an Bürgermeister Schlosser.

Herr Schlosser erläutert die Vorlage und berichtet von der abgeschlossenen Freiflächenanalyse. Die Vorstellung durch Frau Röding vom Planungsbüro Fischer erfolgt am 26.02.2024 um 16:00 Uhr im Rathaus der Stadt Grünberg. Herr Schlosser weist darauf hin, dass es sich bei der Vorlage vorerst um einen Aufstellungsbeschluss handelt und Themen wie Beweidung im B-Plan festzuhalten sind.

Weiter erläutert Herr Schlosser, dass die Vorstellung des Konzeptes nicht früher stattfinden konnte. Er schlägt vor, die Vorlage zu TOP 3 und TOP 4 zurückzustellen und die Ausschussmitglieder zu einer gemeinsamen Sitzung mit HFA am 26.02.2024 zur Vorstellung des Konzeptes zu laden. Da bei der Vorstellung auch eine graphische Darstellung der Flächen mit Modulen zu sehen sein wird, die sich auf die Anordnung für eine spätere Beweidung der Fläche konzentriert, bittet Herr Jochim darum, auch eine Darstellung mit stehenden Modulen vorzustellen, die eine landwirtschaftliche Nutzung durch Maschinen ermöglicht.

Beschluss:

1. Für die Flurstücke Gemarkung Grünberg Flur 18 Nr. 34 und 35 wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Der räumliche Geltungsbereich ist der nachfolgenden Karte zu entnehmen. Diese ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Allgemeines Planziel der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Schaffung des Bauplanungsrechts für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage südlich des Umspannwerkes durch die Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes i. S. § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung.

3. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zeitgleich zur Aufstellung des Bebauungsplanes geändert.

4. Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgen im zweistufigen Regelverfahren. Die Bauleitplanung erfordert insofern eine Umweltprüfung i.S. des § 2 Abs. 4 BauGB, in der die voraussichtlichen erheblichen Umwelteinwirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht bewertet werden. Der Umweltbericht ist gemäß § 2a BauGB in die Begründung zu integrieren.

5. Die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sind einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Abgesetzt

- 4. Stadt Grünberg Kernstadt, Bebauungsplan „Photovoltaik-Freiflächenanlage Londorfer Straße / Wartweg“ VL-16/2024  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Zurückstellung der Vorlage bis HFA, Begründung siehe TOP 3.

Beschluss:

1. Für die Flurstücke Gemarkung Grünberg Flur 27 Nr. 110, 111, 112 und 113 (Stadt Grünberg, ehem. Wasserhochbehälter) wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Der räumliche Geltungsbereich ist der nachfolgenden Karte zu entnehmen. Diese ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Allgemeines Planziel der Aufstellung des Bebauungsplanes ist die Schaffung des Bauplanungsrechts für eine Photovoltaik-Freiflächenanlage beidseits der Aussiedlerhöfe im Wartweg durch die Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes im Sinne § 11 Abs. 2 Baunutzungsverordnung.

3. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zeitgleich zur Aufstellung des Bebauungsplanes geändert.

4. Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgen im zweistufigen Regelverfahren. Die Bauleitplanung erfordert insofern eine Umweltprüfung i. S. des § 2 Abs. 4 BauGB, in der die voraussichtlichen erheblichen Umwelteinwirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht bewertet werden. Der Umweltbericht ist gemäß § 2a BauGB in die Begründung zu integrieren.

5. Die frühzeitigen Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sind einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Zurückverwiesen

- 5. Antrag FW, SPD, FDP, Aufstellung eines Bebauungsplanes in Weickartshain VL-21/2024**

Herr Ausschussvorsitzender Kreuder übergibt zur Erläuterung der Vorlage das Wort an Herrn Stadtverordneten Trüller. Herr Trüller erklärt, dass es sich bei diesem Antrag nicht um eine Bauantrag handelt, Ziel des Antrags ist die Schaffung eines Bebauungsplanes zur Herstellung einer Rechtssicherheit für spätere Bauvorhaben. Er bezieht sich dabei auf die Schaffung eines neuen Jugendraums und eventuelle Anbauten an das Dorfgemeinschaftshaus. In der Unterbringung des Jugendraums in die Räumlichkeiten eines kirchlichen Gebäudes sieht Herr Trüller nur eine Lösung auf Zeit.

Herrn Bürgermeister Schlosser fehlt der Sinn und Zweck der Vorlage, für einen Anbau an das DGH wird kein B-Plan benötigt. Er verweist auf die Kosten die die Erstellung eines B-Plans verursacht und beziffert diese auf ca. 40.000€ zzgl. 10.000€ für ein artenschutzrechtlichen Fachbeitrag und weitere noch nicht absehbare Kosten in unbekannter Höhe. Weiter gibt Herr Schlosser die Dauer bis zur Aufstellung des B-Planes von zwei Jahren zu bedenken.

Als Alternative stellt Herr Schlosser eine von der Verwaltung erarbeitete Variante zum Umbau des DGH vor, welche ebenfalls die Problematik der Duschen und Umkleiden des FC Weickartshain und die Erneuerung der Heizungsanlage im DGH berücksichtigt. So sollen die Umkleiden und Duschen in einen Anbau am Sportlerheim untergebracht werden. Die bisher dafür vorgesehenen Räume im DGH können demnach der Jugend zur Verfügung gestellt werden und bieten mit Sicht auf die Erneuerung der Heizungsanlage, Platz für ein Pelletlager. Die Errichtung eines freistehenden Jugendraums würde eine weitere städtische Liegenschaft, zu der schon sehr großen Anzahl an Liegenschaft bedeuten.

Im Verlauf verlassen die antragstellenden Parteien zu einer 15-minütigen Besprechungspause den Sitzungssaal.

Herr Stadtverordneter Ebenhöf sieht die von Herrn Schlosser aufgerufenen Kosten für die Erstellung eines B-Planes zu hoch und verweist auf deutlich geringere Kosten. Zum Vergleich der beiden Varianten bittet Herr Ebenhöf um Konkretisierung und Gegenüberstellung der Zahlen für die Varianten B-Plan und Um-/Anbau bis zur nächsten BLUV Sitzung. Weiter weist Herr Ebenhöf auf den aus seiner Sicht zu kleinen Anbau am Sportlerheim hin und bittet bei der Gegenüberstellung die Mindestgrößen für Sanitäranlagen zu beachten. Auch gibt Herr Ebenhöf zu bedenken, dass der Fluchtweg des DGH dann durch den Jugendraum laufe und den Jugendlichen somit permanent lediglich ein Durchgangsraum zur Verfügung stünde.

In der Folge wird die Vorlage zurückgestellt und Herr Schlosser lässt durch die Verwaltung unter Einbeziehung eines Architekturbüro die Varianten vergleichen.

#### Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gelände „Auf dem Steinbusch“ und „Vor dem Steinbusch“ in der Gemarkung Weickartshain in Auftrag zu geben. Es handelt sich hier um die Grundstücke Flur 1, Nummern 122, 123 und 261. Sollte es sich im Rahmen der Erstellung des Bebauungsplans erweisen, dass es sinnvoll ist, weitere Flurstücke in diesem Areal mit zu beplanen, so können diese in diesen Antrag einbezogen werden.

#### Abstimmungsergebnis:

Zurückverwiesen

## **6. Anfragen und Mitteilungen**

### **6.1 Mobilbagger Bauhof**

Bürgermeister Schlosser teilt mit, dass der Mobilbagger des Bauhofes kaputt gegangen ist und die Reparatur den Wert des Baggers übersteige. Ein neuer Bagger solle im Leasingverfahren angeschafft werden. Zur Mittelfreigabe erfolgt die Vorstellung auch in HFA und StaVo

### **6.2 Umrüstung Straßenbeleuchtung**

Die Umrüstung der Altstadtleuchten auf LED durch die OVAG ist abgeschlossen.

### **6.3 Verkehrsversuch Grünberg**

Herr Schlosser berichtet über einen Versuch zur Verkehrsregelung mit Parkzonen und berichtet über Schilder die temporär aufgestellt werden.

## 6.4 Sachstand der Tief- und Hochbauprojekte

### 1. Mobilbagger Bauhof

Bürgermeister Schlosser teilt mit, dass der Mobilbagger des Bauhofes kaputt gegangen ist und die Reparatur den Wert des Baggers übersteige. Ein neuer Bagger solle im Leasingverfahren angeschafft werden. Zur Mittelfreigabe erfolgt die Vorstellung auch in HFA und StaVo

### 2. Umrüstung Straßenbeleuchtung

Die Umrüstung der Altstadtleuchten auf LED durch die OVAG ist abgeschlossen.

### 3. Verkehrsversuch Grünberg

Herr Schlosser berichtet über einen Versuch zur Verkehrsregelung mit Parkzonen und berichtet über Schilder die temporär aufgestellt werden.

### 4. Sachstand der Tief- und Hochbauprojekte

Bürgermeister Schlosser gibt eine aktuelle Übersicht über die laufenden Projekte:

#### - Tiefbau

##### 1. Breitband Telekom

- Altstadt ist begonnen
- Mängelbeseitigung erfolgt parallel
- Pflasterarbeiten Ziegelberg voraussichtlich Ende März abgeschlossen

##### 2. Breitband Goetel

- Aktuell Stillstand
- Keine Ansprechpartner zu erreichen
- Schreiben ist in Vorbereitung

##### 3. Straßenreparaturen

- Beginn KW 9 (Konrad-Adenauer-Straße)

##### 4. K41 OD Lumda

- Kanalbau abgeschlossen
- Wasserleitungsbau zu 90% abgeschlossen
- parallel zweiter Bauabschnitt Straßenbau

##### 5. Gartenstraße

- Deckschicht fehlt noch (Mitte März)
- Pflaster fertig

##### 6. Wasserspielplatz

- OT 20.02.2024 Pflasterflächen und Sonnensegel

##### 7. Wasserleitung Lardenbach

- Leitung verlegt
- Aktuell Straßenbauarbeiten
- Hausanschlüsse zwischen Einfahrten Am Larchbach müssen noch fertig gestellt werden

##### 8. Gewerbegebiet Lumda

- Abstimmungsarbeiten laufen
- 8.KW Termin Autobahn-AG
- parallel Ankauf Ausgleichsflächen

##### 9. Baumgartenfeld IV

- Planungsleistungen ausgeschrieben
- Verhandlungsgespräche durchgeführt (letztes 21.02.2024)
- Auswertung erfolgt durch Herrn Gotthold

##### 10. Endausbau im Dorf ganz unten Weitershain

- Vorplanung liegt vor

- Vorstellung im Magistrat KW 9
- 11. Galgenbergsweg Klein-Eichen**
  - Grundstücksankauf zur Aufweitung Kreuzungsbereich Sellenröder Straße problematisch
  - Aktuell stockend
- 12. Baumkataster**
  - Fertiggestellt
  - Vorstellung im Magistrat KW9
  - Aktuell Pflegemaßnahmen
- 13. Campingplatz**
  - Notstromversorgung Sanitär-Gebäude und Wegebeleuchtung fertig
  - Hebeanlage getauscht
- Hochbau
  - 1. Feuerwehr Lehnheim-Stangenrod**
    - Beginn für Baustelleneinrichtung und Rohbau in KW 9
    - Beauftragung am 26.2. in Magistratssitzung Kosten bislang im Rahmen
    - Fassadenentscheidung am 26.2. Magistratssitzung
    - PV-Anlage kein Angebot, erneute Freihändige Vergabe
  - 2. Kita Lardenbach Photovoltaik**
    - Anlage installiert.
  - 3. DGH Göbelnrod und Weickartshain Heizung**
    - Angebot wird ausgearbeitet - Vergleichsangebote erforderlich!
      1. Energieliefercontracting Modell
  - 4. Hospitalkirche**
    - Ausschreibung Generalplaner Angebotsabgabe 29.2.24
  - 5. Kita Rondell**
    - Abstimmung 2. BA Termin steht noch offen.
    - LV's fertig gestellt, Preisanfragen ohne Vergleichsangebote erledigt.
    - Angebotsabgaben am 22.02.2024
    - Ausschreibung PV Anlage steht noch aus
  - 6. Backhaus Lardenbach**
    - Angebot liegt vor
    - Anträge für Fördermittel (30.000,00 €) und denkmalr. Genehmigung sind rausgegangen
  - 7. Backhaus Harbach**
    - Auftrag für Putzabschlagen sind erteilt
    - Antrag auf denkmalr. Genehmigung ist rausgegangen
  - 8. FFW Grünberg Containerstellung**
    - Beschluss für Grundstücksangelegenheiten erteilt, Mitteilung an Bauaufsichtsbehörde.
  - 9. Neubau Kita Lumda**
    - Stellungnahmen HSGB liegen vor
    - Förderungen beim Land sollen geprüft werden
  - 10. Dacherneuerung FFW Harbach**
    - Angebote Dachdecker werden eingeholt
  - 11. Stadthaus Brandschutzmaßnahmen**
    - Rücksprachen mit Architekt und Planer Terminabfrage 11.-12.03.2024

warten auf Antwort

## **6.5 Straßenreparaturen**

Herr Stadtverordneter Ebenhöf berichtet, dass nach den Straßenreparaturen im Kreuzungsbereich der Mozartstraße in Weickartshain Löcher in der neuen Asphaltsschicht entstanden sind.

Hierzu wird durch Schriftführer Möller berichtet, dass dies in der Bauabteilung bekannt ist und die Fa. Blei bereits zur Reparatur aufgefordert wurde. Weiter berichtet Herr Ebenhöf von der Lagerung von Sand und Splitt auf dem Festplatz, der Verursacher ist jedoch nicht bekannt.

Mit Telefonat vom 23.02.2024 berichtet Herr Jochim das in Folge der Straßenreparaturen in Stockhausen ähnliche Schäden im Kreuzungsbereich Raiffeisenstraße zu beobachten sind, die Reparaturen seien laut Herrn Jochim insgesamt noch nicht abgeschlossen, er führt als Beispiel einen Hausanschluss im Hedtwigsweg auf.

## **6.6 Stützmauer Brunntental Grundstück Breckow**

Stadtverordneter Trüller berichtet von einer zusammengefallenen Mauer im Brunntental und möchte wissen ob dies bekannt ist und wer für die Mauer verantwortlich ist. Herr Möller berichtet, dass dies bekannt ist, da die Wand die Hangabfangung des Grundstückes Breckow ist, ist dieser auch verantwortlich.

## **6.7 Pflegemaßnahmen Brunntental**

Herr Trüller verweist auf die aktuellen Pflegemaßnahmen im Brunntental und auf den angefallenen Grünschnitt welcher teils noch wild herumliegt.

## **6.8 Brückenschäden Flachsbad**

Herr Stadtverordneter Trüller berichtet von Brückenschäden an der Brücke über den Flachsbad im Bereich der Sportschule.

## **6.9 Sanierung Wege**

Am 01.08.2024 findet im Bereich der Grillhütte Weickartshain eine Veranstaltung im Rahmen des Kultursommers statt. Herr Trüller bittet die Wege um die Grillhütte vorab zu erneuern. Herr Bürgermeister Schlosser schließt die Erneuerung aufgrund des Umfangs aus.

## **6.10 Spielplatz Lardenbad**

Stadtverordneter Erdmann berichtet von einem angebrochenen Birkenast auf dem Spielplatz Am Helgenstock.

## **6.11 Ärztehaus**

Herr Ausschutsvorsitzender Kreuder erkundigt sich nach dem Sachstand zum geplanten Ärztehaus. Herr Bürgermeister berichtet von einem regen Austausch mit dem Investor der aber aktuell noch nicht benannt werden möchte. Die Fördermittel für das Vorhaben laufen in 2026 aus, weshalb der Druck zur Umsetzung auf den Investor erhöht werden soll.

## **nicht-öffentliche Tagesordnungspunkte**

### **7. Friedhof Erläuterungen von Fachbereichsleiter Benjamin Weitzel und Frau Pauline Bahr**

Herr Bürgermeister Schlosser übergibt das Wort an Herrn Fachbereichsleiter Weitzel. Herr Weitzel berichtet über den immensen Aufwand der Friedhofsverwaltung der durch veraltete Arbeitsmethoden ausgelöst

wird und von den Anfängen der Digitalisierung im Friedhofswesen, der den Aufwand lindern soll. Zur Veranschaulichung werden alte Karten und Pläne gezeigt mit denen aktuell Gräber dokumentiert und vergeben werden. Weiter verweist Herr Weitzel auf eine nicht mehr zeitgemäße Friedhofsordnung die bereits überarbeitet wird und bittet die Ausschussmitglieder nach Fertigstellung um rasche Beschlussfassung. Über die Erleichterungen durch die Digitalisierung und Probleme des aktuellen Vorgehens wurde eine Präsentation vorbereitet welche durch Frau Bahr vorgestellt wird.

Frau Bahr berichtet von der 2022 eingeführten Software HADES welche eine Schnittstelle zum Finanzsystem der Stadt besitzt und Bescheide somit direkt erstellt werden können. Ein Testlauf des Programmes wurde für den Friedhof in Göbelnrod gestartet und die Pläne digitalisiert, hierbei wurden fehlerhafte und unvollständige Datensätze entdeckt.

Die Informations- und Kommunikationspolitik schildert Frau Bahr als schlecht, so stünden die Friedhofswärter zwischen Bauhof und Verwaltung, da aber nicht alle ein Diensthandy besitzen bestünde kein ausreichender Austausch. So würde die Friedhofsverwaltung erst nach Beisetzung der Verstorbenen über deren Ableben unterrichtet, Veränderungen z.B. an den Ruhestätten sind dann nur noch schwer umsetzbar.

Zur Struktur und Organisation im Bereich Friedhof berichtet Frau Bahr von drei zuständigen Ansprechpartnern. Die Friedhofswärter hätten aufgrund vieler weiterer Tätigkeiten, genannt wurden Winterdienst und Grünpflegearbeiten, wenig Zeit sich um die Friedhöfe zu kümmern. Da Bestattungstermine derzeit telefonisch vergeben werden, führt dies zu Fehlern und fehlenden Daten. Weiter wird vor Bestattung nicht ausreichend geprüft, ob die verstorbene Person in Grünberg beigesetzt werden darf. Frau Bahr berichtet, dass Arbeiten wie die Grabräumung erst Monate später durchgeführt werden und hierzu keine oder nur eine späte Rückmeldung erfolgt. So wisse man in der Friedhofsverwaltung oft nicht, ob die Gräber bereits geräumt sind oder die Arbeiten noch ausstehen.

Die Friedhofs- und Gebührenordnung beschreibt Frau Bahr als veraltet welche zu aktualisieren sind. So würde es vermehrt über Beschwerden wegen einer zu langen Ruhezeit kommen, die aktuell auf 30 Jahren festgesetzt ist. Bemängelt wurde, dass die Friedhofswärter nicht mit der Friedhofsordnung vertraut sind und diese entsprechend nicht umgesetzt werden könne. Weiter sollen Grabräumungen nur noch durch den Bauhof/ Firmen erfolgen. Die Gebührenordnung sei perspektivisch anzupassen und mit einer rechtssicheren Kalkulation nach KAG zu versehen.

Mit den Zielen zur Bildung einer zentralen Stelle für Friedhofsverwaltung, der weiteren Digitalisierung mit der Einführung eines Bestattermodul über Smartphone mit App und der eventuellen Zuordnung der Friedhofswärter zur Friedhofsverwaltung beendet Frau Bahr ihre Präsentation.

Herr Fachbereichsleiter Weitzel erläutert anhand des Beispiels für die Kosten zum Erwerb von Nutzungsrechten an Wahlgräbern die oft unklare und aus diesem Grund zu aktualisierende Friedhofsordnung. Herr Weitzel erklärt, mit dieser Präsentation für die unterschiedlichen Themen und den, aus seiner Sicht, dringlichen Handlungsbedarf im Friedhofswesen sensibilisieren zu wollen.

Fragen werden im Anschluss nicht gestellt und Herr Ausschussvorsitzender Kreuder schließt die Sitzung.

Grünberg, 22.02.2024

---

Klaus-Peter Kreuder  
Vorsitzender

---

Christian Möller  
Schriftführer